



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/77 - 1.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Vorschau auf die kommende Bundestagsdebatte	S. 1
Entspannung um Triest	S. 3
Schwerer Schlag für Saar-Hoffmann	S. 4

Deutsche Schicksalsfragen

P.R. Fragen von einer schicksalhaften Bedeutung für ganz Deutschland werden am Donnerstag im Bundestag behandelt werden. Der Themenkreis, den die eingebrachten Anträge abstecken, umfaßt beinahe alle die Elemente, die den künftigen deutschen Lebensweg, besonders aber die Lage Deutschlands in seiner Umwelt bestimmen: Das Problem der deutschen Wiedervereinigung, das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westalliierten und - was noch nicht endgültig geklärt ist - die Frage des Saargebietes.

Die These des Kanzlers, die in diesem Falle nicht die These der Regierungsparteien schlechthin ist, ist, auf die kürzeste Formel gebracht, die: Einbau Westdeutschland in die werdende europäische Verteidigungsgemeinschaft auf schnellstem Wege, mit aller Kraft, unter Inkaufnahme auch schwerster materieller und psychologischer Belastungen durch eine deutsche Wiederbewaffnung, auch ohne die feste Zug-um-Zug-Zusage der deutschen Gleichberechtigung, unter Inkaufnahme auch einer de facto-Herauslösung des deutschen Saargebietes aus Deutschland. Nur auf diese Weise - so argumentiert Adenauer - könne später ein einigermaßen aussichtsreiches Friedensgespräch mit den Russen eingeleitet und geführt werden. Heute oder in absehbarer Zeit habe ein solcher Versuch keinen Zweck.

Mit dieser Konzeption ist der Bundeskanzler in eine größere

Isolierung geraten, als er es wohl selbst vermutet hat. Sie wird im Grunde nur noch von seinen unbedingten Parteifreunden des engeren Kreises gebilligt. In allen den genannten Fragen haben sich in letzter Zeit in den Regierungsparteien selbständige Meinungen und Widerstände gegen die Auffassung des Kanzlers entwickelt. Man hat gesehen, daß auch die führenden Köpfe seiner eigenen Partei, vor allem in Berlin, äußerstes Mißtrauen gegen die mangelnde Bereitschaft Adenauers äußern, sich mit aller Kraft für die Ausschöpfung j e d e r Chance zur möglichst baldigen Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Und große Zeitungen, die bisher nur allzu sehr geneigt waren, die Außenpolitik des Kanzlers zu stützen, werden in ihren beschwörenden Warnungen geradezu massiv. Von dem Kanzler aber gewinnt man den Eindruck, er stürze sich gewissermaßen fluchtartig in die westliche Integration, um einstweilen erst einmal allen den Schwierigkeiten, den materiellen und den politischen Opfern zu entgehen, die die Wiedervereinigung für die Bundesrepublik und für seine eigenen politischen Ziele ohne Zweifel mit sich bringen würden.

In den publizistischen Rückzugsgefechten der unentwegten Kanzlertreuen taucht dabei immer wieder das Argument auf: Ohne die auf schnellste Integration in den Westen und auf deutsche Wiederbewaffnung abzielende Politik Adenauers wäre es gar nicht zu dem russischen Angebot gekommen, das gerade Adenauers Kritiker so hoffnungsvoll bewerteten. Abgesehen davon, daß die Frage, ob man diesem Angebot große, kleine oder gar keine Chancen gibt im Augenblick nicht entscheidend ist - die russische Note ist nicht durch den Adenauerschen Hang zu einer Art deutsch-amerikanischer Außenpolitik, sondern allein durch die amerikanische Stärke selbst, nicht durch die ihrer westeuropäischen Anhängsel ausgelöst worden, die man in Moskau sicher nicht überbewertet.

Die Forderungen der Stunde, die über Jahre oder Jahrzehnte entscheiden mögen, sind die nach Ausnützung jeder Verhandlungschance zwischen den Westmächten und der Sowjet-Union zum Thema deutsche Wiedervereinigung; die nach freien, unbeeinflussten Wahlen in ganz Deutschland; nach der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung mit voller Entscheidungsfreiheit und mit dem selbstverständlichen Recht der Überprüfung aller internationalen Abkommen, die provisorische Teilgebilde Deutschlands bisher abgeschlossen haben; und schließlich die nach vollberechtigter Mitwirkung einer selbständigen und selbstverantwortlichen gesamtdeutschen Regierung bei dem Zustandekommen eines künftigen deutschen Friedensvertrages.

Alles, was dieses Programm erschweren kann, ist schädlich, wobei die Tatsache, daß ganz Deutschland sich nach seiner Geschichte, seinem geistigen Herkommen und seiner heutigen und künftigen Haltung allein dem Westen verbunden fühlt, als Selbstverständlichkeit klar bekannt werden kann und muß.

Die Quadratur des Kreises

v. sch. - Rom, Ende März

Italien hat sich äußerlich wieder beruhigt. Faschisten und Kommunisten haben die Gelegenheit, die ihnen die Zwischenfälle in Triest offeriert hatten, weidlich ausgenutzt, aber sie haben dabei doch etwas zu sehr über den Strang gezogen. Die Regierung, die zunächst die Straße den Studenten und Gymnasiasten überließ, weil es sich um "patriotische" Kundgebungen handelte, bekam es mit der Angst zu tun, als es offensichtlich wurde, daß faschistische und kommunistische Agitatoren die Führung an sich gerissen hatten, um bei diesem Anlaß die Demokratie zu diskreditieren und gegen die Anglo-Amerikaner zu hetzen.

Der Anblick des Stadtzentrums von Rom war vier Tage lang in den Vormittags- und Mittagsstunden recht beschämend. Die Nationalflagge wurde mißbraucht, um geradezu anarchische Verkehrszustände zu schaffen und die Staatsautorität zu verhöhnen. Die römische Polizei mußte mit mindestens derselben Energie gegen die "vaterländischen" Demonstranten vorgehen, wie es die Triester Polizei getan hatte. Auch Mailand und vor allem Neapel waren Schauplatz wüster Krawalle, die unter geschickter kommunistischer Regie bald nur noch in Propaganda gegen den Atlantik-Pakt ausarteten. In Triest selbst war bezeichnenderweise längst wieder völlige Ruhe eingetreten, als man sich in Rom und Neapel angeblich wegen Triest mit der Polizei herumschlug.

Die Anglo-Amerikaner haben nun der italienischen Regierung Vorschläge unterbreitet, wonach die Militärregierung in der A-Zone von Triest durch Heranziehung italienischer Behörden, z.B. in der Polizeiverwaltung, ergänzt werden soll. Rom hat diese Anregung mit Freude und Erleichterung aufgegriffen, zumal London und Washington dabei hinzugefügt haben, daß dies nur eine Zwischenlösung sein würde, daß ihre Erklärung vom 20. März 1948 zugunsten einer Rückkehr des gesamten Freien Territoriums unter italienische Hoheit nach wie vor bestünde, und daß die Endlösung durch die vorgeschlagenen neuen Abmachungen für die A-Zone in keiner Weise präjudiziert würde.

Die Opposition verhöhnt nun diese Versicherungen, aber auch andere Kreise in Italien verhalten sich skeptisch, ja ablehnend. Sie behaupten, daß damit die Trennung der B-Zone von Italien nur unterstrichen würde. Die anglo-amerikanischen Vorschläge seien nur unterbreitet worden, um Zeit zu gewinnen bis zu den für de Gasperi so kritischen Gemeindevahlen in Süditalien. Man hofft damit vor allem den Boden vorzubereiten für eine Lösung des Triester Problems, die sowohl für die Gasperi wie für Tito tragbar wäre. Aber gibt es so etwas überhaupt? Gerade jetzt können es sich die Westmächte nicht leisten, Tito vor den Kopf zu stoßen.

Gewerkschafter gegen Saarpolitik HoffmannsVon unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Auf dem zweiten Landeskongreß der Einheitsgewerkschaft des Saargebietes wurde am vergangenen Sonntag Paul K u t s c h , der 2. Vorsitzende und Geschäftsführer des Industrieverbandes Bergbau, zum 1. Vorsitzenden der Gesamtgewerkschaft gewählt. Kutsch hatte bei Abschluß der Saarkonventionen im März 1950 die Pariser Verhandlungen verlassen und führt einen scharfen Kampf gegen die Saarpolitik der Regierung Hoffmann. 2. Vorsitzender wurde der ebenfalls in Opposition stehende SPS-Landtagsabgeordnete Richard Rauch. Von den sechs Beisitzern erhielt der SPS-Abgeordnete C o n r a d , der der stärkste Exponent der deutschen Opposition in der SPS ist, die meisten Stimmen. Die übrigen Beisitzer stehen ebenfalls größtenteils in Opposition zur Hoffmann-Regierung und zur französischen Saarpolitik.

Nach seiner Wahl erklärte Kutsch, daß die Generalforderung der Einheitsgewerkschaft künftig lauten müsse: "Änderung des gegenwärtigen Zustandes an der Saar". Es sei für die Saarländer unerträglich, nach jedem Krieg wie Bienen oder Ameisen als Reparationsobjekt an einen fremden Staat verpachtet zu werden. Die Einheitsgewerkschaft wolle keine "Heim-ins-Reich-Politik" im Stile der Politik des Jahres 1935 treiben, aber sie erkläre eindeutig, daß sie bei der endgültigen Lösung der Saarfrage Deutschland den Vorrang gebe. Das sei bedingt durch das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich aus der gemeinsamen Kultur und der gemeinsamen Geschichte herleite. Bezüglich der Verhandlungen über die Saarfragen in Paris stellte Kutsch fest, daß der jetzige Landtag keine Legitimation habe, um über einen deutsch-französischen Einigungsvorschlag zu entscheiden. Eine europäische Lösung für die Saar sei nur dann denkbar, wenn vorher die Vormachtsstellung Frankreichs im Saargebiet fallen würde.

Kutsch kritisierte die durch den Wirtschaftsanschluß an

Frankreich geschaffenen Verhältnisse und die Politik der Saar-Konventionen. Er wies darauf hin, daß die einseitige Orientierung erhebliche Nachteile für die Gestaltung der Sozialpolitik und den Lebensstandard der schaffenden Menschen mit sich bringen könne und stellte fest, daß die französische und die saarländische Reaktion sich auf dem Vormarsch befänden und die Rechte der Arbeiterschaft abbauen wollten. Dies zeige die Verweigerung des Tarifvertragsrechtes für weite Kreise der Arbeitnehmerschaft und die Schwierigkeiten um das Mitbestimmungsrecht.

Der Verlauf des Kongresses stellte eindeutig unter Beweis, daß die Gewerkschafter und Politiker, die bisher die Politik der Regierung Hoffmann und des "Botschafters" Grandval am stärksten bekämpften, die Sympathie der organisierten Saararbeiterschaft und der saarländischen Bevölkerung schlechthin besitzen. Trotz heftiger Attacken der Gegenseite, zu denen einige Anhänger des jetzigen Systems kommandiert waren, gelang es nicht, die regierungstreuen Kandidaten durchzubringen. Der Verlauf des Kongresses erwies darüberhinaus, daß die oppositionelle Haltung weiter Bevölkerungskreise sich in die Gewerkschaften verlagert hat, nachdem immer noch nicht die Bildung von Parteien mit deutschem Programm möglich ist.

Die Einheitsgewerkschaft mit ihren hunderttausend Mitgliedern wird unter der Führung ihres jetzigen Vorstandes zum stärksten Bollwerk gegen die nahezu koloniale Ausbeutungspolitik an der Saar werden. Hinter ihr steht, wenn sie ihren unverfälschten Willen frei zum Ausdruck bringen könnte, die überwältigende Mehrheit der gesamten Bevölkerung.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau